25 JAHRE GRUNDGESETZ –

VERFASSUNG IM DIENSTE DER AUSBEUTER

Kolleginnen und Kollegen,

am 23.5. feiert die Bourgeoisie das in Kraft treten des Grundgesetzes vor 25 Jahren.

Mit überschäumenden Reden versuchen die Herren Parlamentarier uns wieder das alte Lied von der "freiesten und breitesten Demokratie des Westens" vorzugaukeln.

Mit Würstchen und Freibier versuchen sie, den Werktätigen diesen "Volksfeiertag" schmackhaft zu machen.

Aber wie sieht es denn konkret aus?

- Wem nützt die Meinungsfreiheit, wenn es Demonstrationsverbote für diejenigen gibt, die für ihre Meinung auch kämpfen wollen?
- Wem nützt die Pressefreiheit, wenn die Druckereien Privateigentum der Kapitalisten sind?
- Wem nützt die freie Wahl des Arbeitsplatzwechsels, wenn man lediglich den Ausbeuter wechseln kann?

Dennoch hat die Arbeiterklasse dies nicht kampflos hingenommen. Besonderer Ausdruck der zunehmenden Klassenauseinandersetzungen war und ist die politische Verfolgung von fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen, war und ist der Abbau demokratischer Rechte durch weitere Gesetze der Bourgeoisie.

Das Betriebs-Verfassungsgesetz, die Notstandsgesetze, Ausländergesetz und die Gesetze zur "Inneren Sicherheit" sind doch Maßnahmen, die die Herrschenden eingeführt haben, aber nicht "zum Wohle der Allgemeinheit".

Wer bestimmt denn, was Notstand ist, wessen "Innere Sicherheit" ist denn gefährdet?

Das ist die Sicherheit der politischen Macht der Bourgeoisie. Das ist die Freiheit der Ausbeutung unserer Arbeitskraft.

Und die ist in der Tat gefährdert, denn die Arbeiterklasse wird nicht eher ruhen, bis die Ausbeuter, die immer mehr aus uns rausholen wollen, bis die Bodenspekulanten, die uns die Wohnung unterm Hintern wegziehen zugunsten von Banken und Palästen, und schließlich die Ministerbonzen, die uns die Polizei und das Militär auf den Hals hetzen, restlos verjagt sind. Und mit ihnen werden auch ihre lumpigen Gesetze untergehen.

Diesen Weg weist die KPD mit ihrem PROGRAMM, und dieses Programm soll Gegenstand einer Großveranstaltung zum Grundgesetz sein.

GROSSVERANSTALTUNG der KPD am 26.5. 18Uhr

-REDEBEITRAG DER KPD ZUM GRUNDGESETZ
-PODIUMSDISKUSSION zum Programmentwurf der KPD

Eingeladen sind: JUSO's, JUDO's, Kom.Gruppe WB, KPD/ML

NEUE WELT HASENHEIDE SAAL2, U-Bhf HERMANNPL.

Damals, nach 1945, als das deutsche Volk aus eigener Kraft den Wiederaufbau der zerstörten Länder schuf, tat es dies in dem Gewissen:

- -Nie wieder Faschismus
- -Nie wieder Krieg
- -Nie wieder Ausbeutung

Zur gleichen Zeit aber hegten die Kapitalisten, die ehemaligen Nazi-Generäle, zusammen mit den USA-Imperialisten ganz andere Pläne aus. Sie beschlossen, daß zumindest der westliche Teil Deutschlands in den Händen der Kapitalisten bleiben muß, und daß dieser Teil als "Bollwerk gegen den Sozialismus" aufgebaut werden muß.

Dementsprechend wurde ein "parlamentarischer Rat" von den Imperialisten eingesetzt, der ein GG im Interesse der Bourgeoisie durchsetzte.

Zwar wurden die Volksentscheide mit den Forderungen:

- -Verstaatlichung der Schlüsselindustrien
- -Ausrottung des Faschismus
- -Keine Remilitarisierung

als 'Verfassungsauftrag' aufgenommen, aber die Kapitalisten und die Adenauer-Regierung haben nichts unversucht gelassen, diese Positionen zu hintergehen und abzubauen.



Polizeiaktion gegen streikende Arbeiter, München 1954

So wurden dann durch die Remilitarisierung, die Eingliederung in die NATO und dem Betriebs-Verfassungs-Gesetz die Herrschaft der Bourgeoisie gefestigt und die demokratischen Rechte systematisch ausgehöhlt.

Aber nicht nur daran, sondern auch an die Notstandsgesetze erinnert sich die Arbeiterklasse, denn diese Gesetze waren immer die Antwort auf die Klassenauseinandersetzungen.

Die Sozialdemokratie, die heute als Regierungspartei selbst die Gesetze zur "Inneren Sicherheit" durchsetzt, sie hat kein Recht, sich als "Volkspartei" hinzustellen, denn sie ist es, die das 'Vermächtnis' der reaktionären Adenauer-Regierung fortsetzt.

Immer mehr Arbeitern wird, dadurch, daß sie den Kampf aufnehmen, bewußt, daß diese Gesetze nicht ihre Gesetze sind, und daß die Polizei



Bundesgrenzschutz übt den Bürgerkrieg Hannover 1959

und das Militär zum "Schutz" lediglich der Ausbeutung dienen.

Aber viele Arbeiter fragen sich:

- -Kann man diese Gesetze reformieren?
- -Ist es möglich, im Rahmen des Grundgesetzes den Kampf zu führen bis zur schließlichen Abschaffung der Ausbeutung, zur "Enteignung der Schlüsselindustrien", wie es damals gefordert wurde?
- -Gibt es einen 'demokratischen Inhalt des GG', den man "jetzt konsequent verwirklichen" muß, damit der Sozialismus wirklich errungen werden kann?

Die Haltung der KPD dazu ist einfach und klar:

Wir kämpfen für die noch bestehenheitsrechte, weil sie wichtig sind, für den Kampf der Arbeiterklasse. Wir weisen aber darauf hin, daß "Freiheit und Demokratie" solange Phrasen bleiben, solange die Bourgeoisie die politische Macht hat. Erst wenn die Wurzeln der materiellen Ungleicheit, hervogerufen durch den kapitalistischen Produktionsprozeß, beseitigt sind, kann sich breiteste Demokratie für das Volk-Volksdemokratie- entfalten. Und diesen Weg dorthin weist die KPD mit ihrem Programm.

GEGEN MONOPOLDIKTATUR-
FÜR VOLKSDEMOKRATIE!
VORWÄRTS MIT DER KPD!
VORWÄRTS ZUM 1.PARTEITAG!

Verantwortlich f.d.Inhalt:
Chr.Heinrich, 1-36, Waldemarst.112